

Blockademacht oder Gestaltungskraft? Gewerkschaftliche Lobbyarbeit in einem schwierigen Umfeld

Vorbemerkung oder das Unbehagen des Lobbyisten

Im Herbst 2003 gewerkschaftliche Lobbyarbeit zu betreiben ist keine vergnügungssteuerpflichtige Angelegenheit. Wöchentlich erscheinen neue Umfragen, in denen den Gewerkschaften nachgewiesen wird, dass sie keinen Rückhalt mehr in der Bevölkerung haben und sich am besten auflösen. Beinahe täglich lassen sich Kommentare in den überregionalen Blättern finden, in denen sie als ewig gestrige Blockierer und Reform-Behinderer dargestellt werden. Wer sich auf den vielen Veranstaltungen in Berlin tummelt und den Mut hat, die DGB-Raute am Revers zu tragen, begegnet einer Mischung aus Schadenfreude, Verachtung und Mitleid. Lustig ist das nicht!

Zweifellos stimmt, dass die Gewerkschaften in der Defensive sind. Richtig ist auch, dass sie dafür in Teilen selbst verantwortlich sind. Aber es gibt keinen Grund für den gebückten Gang, für Demut oder Verzagtheit. Denn die Gründe für das inzwischen immer gewerkschaftsfeindlichere Klima im Land liegen nicht nur bei den Organisationen selbst. Sie haben viel mit grundsätzlich unterschiedlichen Wertemodellen und Politikansätzen zu tun. Ist es am Ende vielleicht so, dass die Gewerkschaften deswegen so in der Kritik stehen, weil sie unverändert skeptisch und ablehnend auf die Reformvorhaben der Bundesregierung reagieren, deren Sinnhaftigkeit, Seriosität und Erfolgsaussichten in der Tat hoch fragwürdig sind - aber eben dem entsprechen, was der Mainstream von Ökonomen, Journalisten und anderen fordern? Auffällig ist jedenfalls, mit welcher Vehemenz seit etlichen Monaten verbal auf die Gewerkschaften eingeschlagen wird: Gewerkschafts-bashing ist zur Mode geworden.

Diesen Zustand mag man so lange beklagen wie man will – man ändert ihn dadurch alleine nicht. Und man macht sich angreifbar für den Vorwurf, das eigene Gedankengebäude nicht den veränderten Realitäten angepasst zu haben und deswegen in Larmoyanz und Weinerlichkeit, im Klagen über die schlechte Welt im allgemeinen und die böse Politik und Presse im besonderen zu verharren. Das kann es also nicht sein – und das entspricht auch nicht dem Ansatz der politischen Lobbyarbeit des DGB.

Der DGB und seine Lobbyarbeit – einer für alle, alle gegen einen?

Das gesellschaftlich gestaltende Engagement des DGB wie der Gewerkschaften vollzieht sich in drei Bereichen: in der Tarifpolitik, also in den Branchen und Unternehmen, in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung sowie in der Politik auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene. Letzterer ist hier von besonderem Interesse.

Der DGB will Politik gestalten, seine Interessen deutlich machen und wo immer möglich auch durchsetzen. Das ist sein Auftrag, und das ist auch die Erwartung, die seine acht Mitgliedsgewerkschaften bzw. die 7,7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder

an ihn haben. Allerdings ist das Verhältnis zwischen dem Dachverband und seinen Mitgliedsgewerkschaften in der jüngeren Vergangenheit eher schwieriger geworden. Und auch die acht DGB-Gewerkschaften untereinander reiben sich erheblich, wie der Streit über das Vorgehen gegenüber der „Agenda 2010“ gezeigt hat.

Die Fusionen der vergangenen Jahre haben den DGB als Dachverband eher noch geschwächt. Das wirkt sich unmittelbar auf die politische Positionierung und Arbeit aus. Denn wie bei allen Großverbänden wird sie dadurch erschwert, dass in der Regel Verständigung nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erfolgen kann. Wer kein gemeinsames Ziel formulieren kann und wer nicht geschlossen auf seine Umsetzung hinarbeiten kann —der kann sich jede Debatte über Strategien und Kampagnen sparen. Was die Zukunftsdebatte der IG Metall zum Stillstand gebracht hat, das belastet den DGB insgesamt: die Uneinigkeit und die unterschiedlichen Politikansätze in der Organisation.

Berliner Besonderheiten

Erhebliche Veränderungen in der Lobbyarbeit haben sich nach dem Umzug der Bundesregierung von Bonn nach Berlin ergeben. So hat sich die Zahl der beim Bundestag registrierten Verbände und Lobbyisten massiv erhöht. Über 1780 registrierte Verbände sind auf seiner Lobbyliste zu finden, das ist immerhin eine Verdreifachung in den letzten 20 Jahren. Hinter jedem Abgeordneten stehen demnach heute 20 Lobbyisten und Verbandsfunktionäre (Handelsblatt, 20.11.02). Um einen Überblick darüber zu bekommen, wer denn den Abgeordneten so alles das Leben schwer macht, ist ein Besuch der Homepage des Bundestages durchaus interessant.

Nicht nur die Zahl der Lobbyisten ist größer geworden, sie sind in Berlin auch präsenter. Das gilt nicht nur für das Auftreten des Einzelnen. In über 80 Salons und Netzwerken finden Austausch und Veranstaltungen statt. Früher in Bonn waren nur sehr wenige Verbände und Unternehmen direkt vor Ort. Die Wirtschaft residierte überwiegend in Köln, der DGB hatte seine Zentrale in Düsseldorf und unterhielt nur ein kleines Verbindungsbüro in Bonn. Heute ist das Getümmel durchaus unübersichtlich.

Unter den 1780 Registrierten sind die Gewerkschaften mit ihren neun Verbindungsbüros numerisch relativ schwach vertreten. Übrigens entbehrt auch vor diesem Hintergrund die Debatte um den Gewerkschaftsstaat jeder realen Grundlage. Das Bild, das in vielen Artikeln nach der Bundestagswahl vermittelt wurde, ist falsch. Das, was am Hackeschen Markt getippt wird, läuft weder im Kanzleramt noch in einem Ministerium 1:1 als Gesetzentwurf aus den Druckern. Über Geschmack lässt sich bekanntlich nicht streiten, aber was beginnend mit einem Artikel im „Spiegel“ so alles publiziert wurde, war zumindest fragwürdig. Eben jener Spiegel veröffentlichte z.B. Fotos von früher für Gewerkschaften tätigen Staatssekretären und Abteilungsleitern in Ministerien sowie im Kanzleramt, die an Fahndungsfotos erinnerten.

Übrigens täuscht die geringe Zahl der gewerkschaftlichen Verbindungsbüros etwas, denn seit dem Umzug der Bundesvorstände des DGB und von ver.di nach Berlin sind hier große Gewerkschafts-Zentralen präsent. Die Vorstandsmitglieder und viele der

politischen Sekretäre pflegen ihre eigenen Kontakte, da ist eine Anlaufstelle gar nicht mehr so wichtig.

Ansonsten gilt: die Fachabteilungen sitzen in den Mutterhäusern, die politische Lobbyarbeit wird mit ihrer Unterstützung von den Berliner Kopfstellen geleistet. Dass sich hier gravierende Unterschiede ergeben, liegt auf der Hand. Wer mit einem kompletten Vorstand vertreten ist, braucht weniger „das eine Gesicht“, die Ansprechperson, als die, die nur mit einer Kopfstelle präsent sind. Wie üblich ist das mit Vor- und Nachteilen verbunden. Positiv ist die Vielzahl der vor Ort befindlichen Expertinnen und Experten, ein Problem entsteht dann, wenn Absprachen unterbleiben oder im worst case unterschiedliche Personen unterschiedliche Positionen vertreten.

Auch wegen dieser Probleme machen die einzelnen Gewerkschaften heute viel allein. So ist eine ähnliche Entwicklung wie auf Seiten „der Wirtschaft“ auch bei den Gewerkschaften zu beobachten. Bis auf eine – die NGG - haben inzwischen alle eine eigene Kopf- oder Verbindungsstelle in Berlin. Zwar ist eine gewisse Koordinierung der Lobby-Aktivitäten über die vom DGB organisierte Runde der Verbindungsbüros gegeben, aber im alltäglichen Geschäft agiert dann doch eher jeder für sich. Dabei wären kommunikative Doppelstrategien hilfreich: der Dachverband kümmert sich in Abstimmung mit seinen Mitgliedern um die Generallinie, die Gewerkschaften fokussieren ihre Bemühungen auf die Branchen, die sie repräsentieren. Beides muss um erfolgreich sein dem Ansatz des „sowohl-als auch“ und nicht dem „entweder-oder“ folgen.

Lobbyarbeit im allgemeinen...

Politik wird insgesamt komplexer, insbesondere das legislative Umfeld. Einfach formuliert lautet die These: je komplexer die (Gesetzgebungs)Materie, um so größer der Beratungsbedarf. Dass die Fachabteilungen der Ministerien, geschweige denn die Ministerinnen und Minister selbst, nicht jedes Gesetzesvorhaben und seine Auswirkungen in jedem Detail überblicken können, ruft die Lobbyisten auf den Plan.

Auch wenn ein anderer Eindruck vorherrscht oder zumindest doch gepflegt wird: Lobbyarbeit ist weder schmutzig noch ehrenrührig. Die grauen Männer mit den dunklen Koffern sind es jedenfalls nicht, die in Berlin die Szene der Lobbyisten, der politischen Berater und Kommunikatoren, neudeutsch: der public affairs-Berater prägen. Klar ist, dass nur erfolgreich sein und bleiben kann wer seriös arbeitet.

Lobbyisten im Dienst der Gewerkschaften machen im Grundsatz dieselbe Arbeit wie public affairs-Berater großer Agenturen und Beratungsfirmen. Manche kommen aus der Politik, haben in Fraktionen oder der Administration das Geschäft und Handwerk gelernt. Andere kommen aus der Organisation, waren z.B. gestandene Betriebsräte. Gemeinsam ist allen: ohne eine weitgehende, aber nicht unkritische Identifikation mit den Organisationen und ihren Zielen lässt sich der Job des Lobbyisten nicht machen.

Lobbyisten sind zugleich Bindeglied, Frühwarninstanz, Informationsmakler, Kontakter und Gesprächsanbahner, Türöffner und Ideengeber, auch ein Flaschenhals. Sie beobachten (auch den politischen Gegner, was zuweilen ein zu wenig beachteter Teil der Arbeit ist), beraten, informieren und planen. Sie müssen sich nicht in den Spiegelstrichen und Details jedes Gesetzes auskennen, aber auf Anhieb einen

Experten oder eine Expertin nennen können, der oder die in allen Fachfragen kompetent ist. Sie haben dann Erfolg, wenn die Mischung aus Persönlichkeit und Professionalität stimmt. Glaubwürdigkeit, Verbindlichkeit und Vertraulichkeit sind Grundlagen des Lobbyisten-Geschäftes. Dazu sollte ein gesunder Pragmatismus kommen, ein Gespür dafür, was geht und was nicht, und auch welche Inhalte noch „ziehen“ und welche nicht.

Lobbyarbeit ist ein Tauschgeschäft: Informationen besorgen und geben, Papiere organisieren und verteilen, aber auch Dialogbereitschaft signalisieren und Kompromissbildung ermöglichen. Bei aller Konkurrenz, die natürlich auch dem Lobbyisten-Geschäft innewohnt, funktioniert der Austausch dann, wenn persönliche Kontakte intakt sind. „Gibst du mir den Gesetzentwurf A, dann geb' ich dir den Zeitplan B“ – so funktioniert tatsächlich häufig das Geschäft. Hier geht es weder um Hexenwerk noch um andere dunkle Machenschaften. Wichtig ist neben persönlicher Verbindlichkeit natürlich ein erhebliches Maß an know how, insbesondere was den Umgang mit neuen Medien angeht.

Denn auch das Lobbying folgt heute den Regeln und Anforderungen der Wissensgesellschaft. Es geht darum, Informationen schnell zu beschaffen und schnell zu streuen. Angesichts des ebenso schnelllebigen wie komplexen Politikbetriebes ist es für einen großen Verband wie den DGB mit seinen Ressourcen unmöglich, überall selbst und direkt am Ball zu sein. Deswegen ist die Vernetzung mit anderen Kolleginnen und Kollegen so wichtig.

Allerdings dürfen bei allem Informations- und Aufklärungsdrang die „Zielpersonen“ der Lobbyarbeit nicht überfordert oder gar mit Informationen „zugemüllt“ werden. Schließlich gilt folgende Binsenweisheit: egal ob newsletter, Pressemitteilung oder auch Gespräch - die Qualität und nicht die Quantität von Informationen entscheidet über den Erfolg der Lobbyarbeit. Das ist um so wichtiger, als die Schwemme an Informationen, unabhängig ob in Schriftform oder elektronisch verteilt, enorm zugenommen hat.

Persönliche Kontakte, Netzwerke, sind das „wichtigste Kapital“ und die entscheidende Voraussetzungen für den Erfolg von Lobbyarbeit. Sie müssen gepflegt werden - allerdings nicht indem die berühmt-berühmten Annehmlichkeiten verteilt werden. Dafür haben zumindest die Gewerkschaften auch überhaupt keine Mittel. Ihr Druckpotential sind allenfalls Wählerstimmen, was allerdings nicht zu unterschätzen ist und gewisse Verhaltensmuster im Vorfeld wichtiger Wahlen erklärt.

Optimal ist es natürlich, auf Dinge Einfluss zu nehmen, die noch gar nicht im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen, bevor Eckpunkte und Gesetzestexte oder auch wichtige Anträge formuliert sind. Lobbyisten sollen auch das berühmte Gras wachsen hören. Das erfordert eine sorgfältige politisch-strategische Planung. Eine solide Planung wird jedoch immer schwieriger, weil politische Entscheidungen häufig sprunghaft sind und die Halbwertszeit von Entscheidungen oder Gesetzesentwürfen immer kürzer wird. Trotzdem ist es in der Regel erfolgversprechender, Entscheidungen zu beeinflussen, bevor sie endgültig in Papier gegossen sind. So kann dann „stille Diplomatie“ durchaus wirksamer sein als lautstarke Massen-Proteste. Kooperationsbereitschaft sollte dabei die Regel sein und Konflikt nur die Ausnahme. Der zwanglose Zwang des besseren Arguments ist allemal überzeugender als Polemik.

Angesichts der immensen Zahl an Verbänden und ihren Vertretern wird es schwieriger, sich vom Über-Angebot abzugrenzen, mit eigenen Angeboten Nischen zu finden und sich somit positiv bemerkbar und damit auch interessant zu machen. Im DGB werden deswegen zum Beispiel verschiedene Dialog-Foren angeboten. Wichtig ist, dass diese Angebote vom Inhalt, Ambiente und Ablauf her gesehen auch zum DGB passen. Plumpe Versuche der Beeinflussung sind genauso wenig zielführend wie Drohungen. Gefragt ist vielmehr die Organisation von Dialogen, des berühmten herrschaftsfreien Diskurses unter der Voraussetzung, dass eigene Interessen so klar wie möglich und so zurückhaltend wie nötig vorgetragen werden. Auch im Lobby-Geschäft gilt dass der Ton die Musik macht. Es muss nicht immer die Agitation für eigene Überzeugungen und Positionen im Mittelpunkt stehen, es reicht auch, „nur“ einen Ort und ein Ambiente für einen fruchtbaren Austausch unter den Gästen zu bieten.

Und: Dass bei Veranstaltungen auch einmal andere Meinungen gehört werden müssen, ist unerlässlich. Nichts ist langweiliger als immer im eigenen Saft zu schmoren. Die Reibung an grundlegend anderen Meinungen dient der Schärfung der eigenen Argumentation und damit letztendlich der Klärung eigener Positionen. Lobbyarbeit sollte ohne Berührungsängste was Farbe der Parteien oder Herkunft anderer Lobbyisten angeht auskommen. Für Vertreter der Gewerkschaften ist es normal, auch mit Kolleginnen und Kollegen von Arbeitgeberverbänden und Unternehmen zu sprechen, und das gilt umgekehrt genauso. Nur so lassen sich die Politik manchmal überraschende Allianzen bilden wie unlängst mit einer gemeinsamen Presserklärung von DGB und BDA, in der mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen gefordert wurde.

... und im besonderen

08.00 Uhr Café Einstein, Unter den Linden, Frühstück mit Arbeitsebene von CDU und CDA

10.00 Uhr Sichtung der neu eingetroffenen Post aus dem Reichstag

13.00 Uhr Mittagessen mit Arbeitsebene der SPD-Fraktion

14.00 Uhr Gespräch mit dem Mitarbeiter einer grünen Abgeordneten

15.00 Uhr Koordinierungstreffen der gewerkschaftlichen Verbindungsbüros

19.00 Uhr Treffen mit Arbeitsebene aus Landesvertretungen der A-Länder...

... und die Frisur sitzt immer noch genauso tadellos wie die Krawatte. So oder doch so ähnlich gestalten sich immer wieder Arbeitstage in der parlamentarischen Verbindungsstelle des DGB-Bundesvorstandes. Zwischen den Terminen werden Vermerke geschrieben oder es finden interne Sitzungen statt. Aber unter dem Strich sind es Gespräche, vom Frühstück bis zum Abendessen, die den Kern der Lobbytätigkeit ausmachen.

Im wesentlichen lassen sich zwei Ebenen unterscheiden, auf denen der DGB und die Gewerkschaften sich in politische Arbeit einmischen: die Tagespolitik und Begleitung von Gesetzgebungsverfahren sowie langfristig angelegte, programmatische Debatten der Parteien. Es ist kein Geheimnis, dass der überwiegende Teil der Arbeit auf der ersten Ebene stattfindet, nicht zuletzt auch weil große programmatische Debatten kaum noch stattfinden.

In der Tagespolitik stehen wiederum verschiedene Möglichkeiten der Einflussnahme zur Verfügung. So werden DGB und Gewerkschaften wie viele andere zu den turnusgemäß stattfindenden Anhörungen der Ausschüsse der Parlamente eingeladen. Sie werden gehört und können ihre schriftlichen Stellungnahmen zu den jeweiligen Gesetzen abgeben. Flankierend dazu gibt es eine Vielzahl von Gesprächen auf der Spitzen- und natürlich auch der Arbeitsebene.

Außerdem haben die Gewerkschaften in vielen der von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzten Kommissionen mitgearbeitet, jüngst in der sogenannten Rürup-Kommission. Man kann lange darüber diskutieren, ob diese Verlagerung von Debatten und Entscheidungsfindung aus dem Parlament in Kommissionen unter demokratietheoretischen Aspekten nun begrüßenswert oder doch eher verdammungswürdig ist. Wichtiger aber als die Theorie ist auch an dieser Stelle allemal, was hinten rauskommt. Und da bleibt doch der Eindruck, dass die Kommissionen zwar viele Entscheidungen getroffen haben, deren Implementierung aber entweder blockiert (Zuwanderung) oder entstellt (Hartz) wurde.

Für das Lobbying bringt die Neigung zur Entscheidungsfindung in Kommissionen eine weitere Schwierigkeit mit sich: der Einfluss der Abgeordneten auf wichtige Gesetzgebungsprozesse sinkt. Sie bekommen mühsam ausgehandelte Kompromisspakete vorgelegt, mit dem Hinweis, dass diese aber bitte schön möglichst 1.1 durch Parlament zu laufen hätten. Zugespitzt gesagt: in allen brisanten politischen Fragen der jüngeren Vergangenheit waren mehr die Hände als die Hirne der Parlamentarier gefragt, waren sie nur noch dazu da, Mehrheiten darzustellen. Und sei es außerhalb des Parlamentes auf laut Satzung gar nicht vorgesehen Veranstaltungen wie der „Parteikonferenz“ der SPD im Sommer 2002, die das Hartz-Paket per Akklamation absegnen durfte.

Wichtigstes Ziel der Lobby-Arbeit ist die Bundesregierung: das Kanzleramt, die Ministerien, Regierungsfractionen und Parteivorstände, sowie die Abgeordneten und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als Einheitsgewerkschaften sind die Arbeitnehmerorganisationen aber parteipolitisch unabhängig - ohne politisch neutral zu sein. Dass es zur amtierenden Bundesregierung und den sie tragenden Parteien mehr Kontakte gibt als zur Opposition ist weder ein Geheimnis noch etwas Ehrenrühriges. Trotzdem hat es dem DGB gerade nach dem Wahlkampf 2002 viel Kritik eingetragen. Aber natürlich gibt es auch mit der Opposition regelmäßige Kontakte, alles andere wäre sträflich unprofessionell und der eigenen Mitgliedschaft gegenüber verantwortungslos. Genauso selbstverständlich sind übrigens Kontakte zu den Länderregierungen – in Hessen unterhält der DGB ein Verbindungsbüro zum Landtag - und ihren Vertretungen in Berlin.

Gespräche auf der Arbeitsebene sind logischer Weise häufiger als Spitzentreffen, vieles lässt sich hier schon auf den Weg bringen. Die überwiegende Mehrheit dieser Kontakte findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Dennoch ist natürlich politische Kommunikation nach außen ein wichtiges Instrument zur Interessendurchsetzung, insbesondere wenn es als Notwendigkeit angesehen wird, Druck auf die Entscheidungsträger zu machen.

Ein konkretes Beispiel für die politische Kommunikation und Lobbyarbeit des DGB ist seine Kampagne zur Tarifautonomie, die in diesen Tagen stattfindet. Der DGB hat sich auf die Auseinandersetzung über den Flächentarifvertrag besonders intensiv

vorbereitet, weil es hier um das Herzstück, die elementare Grundlage gewerkschaftlicher Arbeit geht. Und weil das Tarifsysteem unter massivem Druck durch die Opposition steht.

Zunächst einmal wird für die Öffentlichkeit produziert. Es wird wie üblich eine Stellungnahme für die Anhörung im zuständigen Ausschuss des Bundestages vorbereitet, ergänzt um Anzeigenschaltungen am Tag der Anhörung in überregionalen Zeitungen. Natürlich werden auch Informations-Materialien zur Verfügung gestellt, außerdem werden relativ flächendeckend Flugblätter verteilt. Um weitere Überzeugungsarbeit für das Ansinnen des DGB zu leisten, werden Journalisten und Abgeordnete zu Betriebsbesichtigungen eingeladen. Sie können dann mit Betriebsräten vor Ort über die Flexibilität des Tarifsystems diskutieren. Und ohne Öffentlichkeit gibt es bereits seit vielen Monaten Gespräche auf allen Ebenen der politischen Landschaft Berlins, unter vier Augen bis hin zu größeren Runden, auf Arbeits- genauso wie auf Spitzenebene. Das Beispiel zeigt: Die Aktivitäten und auch Angebote des DGB unterscheiden sich nicht oder nur wenig von denen anderer Player auf der politischen Bühne Berlins.

Immer stärker rücken aber auch Brüssel und Straßburg ins Visier der gewerkschaftlichen Lobbyarbeit. Da immer mehr – es heißt bis zu 80 Prozent - nationale Gesetzgebungsverfahren von der europäischen Ebene aus „angeschoben“ werden, wird eine enge Kooperation von nationaler und europäischer Lobbyarbeit immer wichtiger. Deswegen ist ein enger Draht zwischen den Lobby-Büros in Berlin und Brüssel schon lange selbstverständlich geworden. Die Aufgaben und Anforderungen unterscheiden sich dabei nicht grundsätzlich. Egal ob in Brüssel oder Berlin: information matters.

Abschließend seien einige ins Allgemeinere zielende Anmerkungen gestattet.

Deutschland einig „Verbändeland“ – ein Abschied?

Verbände galten über Jahrzehnte als Erfolgsgaranten für das Modell Deutschland. Gerade Arbeitgeber und Gewerkschaften haben entscheidend zum sozialen Frieden in Deutschland beigetragen. Er, z.B. die im internationalen Vergleich wenigen Streiktage, beförderte entscheidend die Entwicklung der Bundesrepublik zu einer der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt. Sie ist das übrigens heute immer noch, auch wenn man den Eindruck bei der täglichen Zeitungslektüre nicht mehr haben muss.

Heute werden Verbände nicht mehr als Vertreter des Allgemeinwohls sondern von Partikularinteressen, als „Alarmanlagen zur Sicherung egoistischer Interessen“ (Hans-Ulrich Jörges), wahrgenommen. Differenzierung ist da nicht gefragt, Hauptsache Polemik, Attacke und auch Nebelkerzen, die vom eigenen Zutun zu unseren Problemen ablenken können. Egal ob es um das Dosenpfand oder die Arbeitsmarktpolitik geht, Verbände gelten gemeinhin als Störfaktoren, die die Arbeit der Regierenden gleich welcher Couleur behindern und blockieren.

Die Debatte über die Rolle und die Einflussmöglichkeiten von Verbänden ist grundsätzlich nicht unwichtig, wird jedoch in der Regel auf einem viel zu platten Niveau geführt. Alles wird in einen Topf geworfen, Verband mit Verband gleichgesetzt. Dass es aber erhebliche Unterschiede zwischen Verbraucherschutzverbänden und dem Verband forschender Arzneimittelhersteller

gibt, und zwar mit Blick auf ihre Ziele und vor allem auf ihre Ressourcen, wird dann gerne übersehen.

Auch die Arbeitgeberverbände stehen immer wieder in der Kritik, besonders aus den eigenen Reihen (Die Zeit, 28.11.02). Mehr und mehr Unternehmen sind mit eigenen Büros in Berlin und Brüssel präsent. Die Vorstandsvorsitzenden großer Konzerne suchen den direkten Draht zum Kanzler, seinen Zigarren- und Rotwein-Runden.

Spannend sind auch andere, öffentlichkeitswirksamere Maßnahmen und Ansätze: Vor allem mit der „Initiative neue soziale Marktwirtschaft“, die mit dem griffigen Slogan „Chancen für Alle“ wirbt, sind die Arbeitgeber und ihnen nahestehende Kreise sehr erfolgreich gewesen. Mit einem beträchtlichen Etat, gestützt auf die Expertise des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, und unterstützt von namhaften „Botschaftern“ quer durch alle Parteien, Sport und Unterhaltung, hat diese Initiative entscheidend dazu beigetragen, die Politik in unserem Land grundlegend zu verändern. Ein anderes Beispiel ist der im Frühjahr 2003 präsentierte „Bürger-Konvent“. Mit ihm wird zum Aufstand des Bürgertums gegen die angeblich handlungsunfähige Politik aufgerufen – die das natürlich wegen der vaterlandslosen Gesellen aus den Gewerkschaftszentralen ist. Auch hinter diesem Aufruf steckt viel Geld, sonst ließen sich große Anzeigen in den überregionalen Zeitungen nicht finanzieren. Es entbehrt allerdings nicht einer gewissen Tragikomik, wenn greise Professoren wie Arnulf Baring vom Talk Show-Sessel bei Christiansen zum Barrikadenkampf aufrufen.

Sie drohen mit dem Druck der Straße – eigentlich ein Instrument, das doch exklusiv den Gewerkschaftsbossen vorbehalten ist. Doch Spaß bei Seite: Der DGB und die Gewerkschaften haben einen weitergehenden Anspruch an sich selbst als klassische „Sparten-Verbände“ oder professorale „Widerstandsnester“. Als „Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ nimmt der DGB immer noch für sich in Anspruch, eine gesellschaftliche Gestaltungskraft zu sein. Gewerkschaften sind wichtige Akteure der Zivilgesellschaft, und zwar da, wo die Menschen viel Zeit verbringen, nämlich an ihren Arbeitsplätzen

Schließlich sei noch ein Hinweis auf die Arbeit der zuletzt besonders gebeutelten IG Metall gestattet: Was sie im Rahmen ihrer Zukunftsdebatte an Problemanalyse und auch an der Entwicklung von auf die Zukunft ausgerichteten Fragestellungen geleistet hat, ist mehr als beachtlich. Und mehr als gegenwärtig jede politische Partei vorzuweisen hat. Um so bedauerlicher ist es, dass diese Ergebnisse so wenig bekannt wurden. Und damit sind wir nun endlich beim Thema politische Kommunikation und Lobbyarbeit der Gewerkschaften angekommen.

Schlussbemerkung – und die Arbeit lohnt sich doch

Unter dem Strich bleibt festzuhalten: In einer Zeit, in der das Ansehen der Gewerkschaften im Keller ist, ist politische Arbeit, Kommunikation, ist Lobbyismus nicht leichter geworden. Häufig geht es darum, durch vertrauensbildende Maßnahmen Klischees aufzubrechen und Überzeugungsarbeit für die Vielfalt und Aktualität gewerkschaftlicher Positionen zu leisten. Sie sind viel besser als ihr Ruf – basta!